

Eigenerklärung zur Eignung in folgendem Vergabeverfahren

Maßnahmennummer: 2025-07/ABS

Vergabenummer: 034_ZIT_02-2025-0020

Vergabeart: Öffentliche Ausschreibung

Maßnahme/Leistung: Schülerbeförderung im freigestellten Schülerverkehr für die Grundschulen der Stadt Zittau zum Stadtbad Zittau und zurück für das Schuljahr 2025/2026

Bieter (vollständige Unternehmensbezeichnung inkl. vertretungsberechtigte Person)

Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister Ihres Sitzes oder Wohnsitzes

Ich bin/Wir sind nicht zur Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister verpflichtet.
 Ich bin /Wir sind eingetragen
im _____
unter der Nummer _____
beim Amtsgericht _____
Eine entsprechende Bescheinigung wird auf Verlangen des Auftraggebers diesem vorgelegt.

Umsatz der letzten drei Jahre

Umsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit es Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen	Jahr	Umsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrags
		€
		€
		€

Vergleichbare Leistungen

Ich erkläre/Wir erklären, dass ich/wir in den letzten fünf Jahren vergleichbare Leistungen ausgeführt habe/haben.

Arbeitskräfte

Ich erkläre/Wir erklären, dass mir/uns die Ausführung der Leistungen erforderlichen Beschäftigten zur Verfügung stehen und entsprechende Berufsabschlüsse auf Verlangen nachweisen können.

Technische Ausstattung

Ich erkläre/Wir erklären, dass ich/wir die Ausstattung, Geräte und technische Ausrüstung zur Erfüllung der Dienstleistungen verfügen.

Berufshaftpflichtversicherung

Ich erkläre/Wir erklären, dass ich/wir im Auftragsfalle eine Berufs-/Betriebshaftpflichtversicherung mit der dem Tätigkeitsfeld angemessene Deckung für den Zeitraum der Ausführung abschließen werde/n bzw. bereits abgeschlossen habe/n.

Eine entsprechende Zusicherung der Versicherung bzw. ein entsprechender Versicherungsnachweis kann auf Verlangen nachgewiesen werden.

Angaben zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung

Ich erkläre/Wir erklären, dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt habe/haben.

Angabe zu Insolvenzverfahren und Liquidation

Ich erkläre/Wir erklären, dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich mein/unsere Unternehmen nicht in Liquidation befindet.

Ein Insolvenzplan wurde rechtskräftig bestätigt, auf Verlangen werde ich/werden wir ihn vorlegen.

Angabe, dass nachweislich keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt

Ich erkläre/Wir erklären, dass für mein/unsere Unternehmen keine schwere Verfehlung vorliegt, die meine/unsere Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt z.B. wirksames Berufsverbot (§ 70 StGB), wirksames vorläufiges Berufsverbot (§ 132a StPO), wirksame Gewerbeuntersagung (§ 35 GewO), Verstoß gegen § 81 Absatz 1 Nummer 1 GWB, rechtskräftiges Urteil innerhalb der letzten zwei Jahre gegen mich/uns oder Mitarbeiter mit Leitungsaufgaben einschließlich der Überwachung der Geschäftsführung oder der sonstigen Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung wegen Terrorismusfinanzierung oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 StGB zu begehen (§ 89c StGB), Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern (§ 108e StGB), Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr), Bildung krimineller Vereinigungen (§ 129 StGB), Bildung terroristischer Vereinigungen (§ 129a StGB), kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland (§ 129b StGB), Menschenhandel (§§ 232, 233 StGB), Förderung des Menschenhandels (§ 233a StGB), Diebstahl (§ 242 StGB), Unterschlagung (§ 246 StGB), Erpressung (§ 253 StGB), Geldwäsche (§ 261 StGB), Betrug (§ 263 StGB), Subventionsbetrug (§ 264 StGB), Kreditbetrug (§ 265 b StGB), Untreue (§ 266 StGB), Urkundenfälschung (§ 267 StGB), Fälschung technischer Aufzeichnungen (§ 268 StGB), Delikte im Zusammenhange mit Insolvenzverfahren (§ 283 ff. StGB), wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB), Bestechung im geschäftlichen Verkehr (§ 299 StGB), Brandstiftung (§ 306 StGB), Baugefährdung (§ 319 StGB), Gewässer- und Bodenverunreinigung (§§ 324, 324 a StGB), unerlaubter Umgang mit gefährlichen Abfällen (§ 326 StGB), Vorteilsgewährung (§ 333 StGB), Bestechung (§ 334 StGB), jeweils auch in Verbindung mit § 335a StGB die mit Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder

Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen geahndet wurde. Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne der genannten Vorschriften stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. Ich erkläre/Wir erklären, dass ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht aufgrund eines Verstoßes gegen Vorschriften, der zu einem Eintrag im Gewerbezentralregister geführt hat, mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 € belegt worden bin/sind.

Mir/Uns ist bekannt, dass die jeweils genannten Bestätigungen/Nachweise zu den Eigenerklärungen auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle innerhalb der gesetzten angemessenen Frist vorgelegt werden müssen und mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag ausgeschlossen wird, wenn die Unterlagen nicht vollständig innerhalb dieser Frist vorgelegt werden.

Datenschutz

Ich erkläre/Wir erklären, dass alle technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Gewährleistung des Datenschutzes und der Informationssicherheit getroffen werden, die bei der Verarbeitung persönlicher Daten durch die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) und das Sächsische Datenschutzdurchführungsgesetz vorgegeben sind.

Die Verpflichtung zur Geheimhaltung betrifft alle meine/unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ich garantiere /Wir garantieren, dass die Geheimhaltung auch bestehen bleibt, wenn das Arbeitsverhältnis zwischen mir/uns und einer Mitarbeiterin /einem Mitarbeiter endet.

(Ort, Datum, Unterschrift)